

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Christian Bunke, Manchester
11.04.2021

Druck im Kessel

100 Tage »Brexit« und Randalen in Nordirland: Unionisten fürchten Ablösung von Großbritannien und Vereinigung mit Republik Irland



Jason Cairnduff/REUTERS

Polizeifahrzeuge hinter einem brennenden Bus am Mittwoch in Belfast

Hintergrund: 100 Tage »Brexit«

Seit dem 1. Januar ist das »Handels- und Kooperationsabkommen« zwischen EU und Vereinigtem Königreich rechtsgültig, provisorisch jedenfalls, und mit allerlei Unwägbarkeiten. Damit wurde der Austritt Großbritanniens aus der EU nach jahrelangem Gerangel formaljuristisch abgeschlossen. Die wirtschafts- und demokratiepolitischen Auswirkungen dieses Vertragswerks werden die beteiligten Akteure sowie die davon betroffenen Menschen aber noch lange Zeit begleiten.

Komplett anzeigen

Die Molotowcocktails fliegen in Nordirland dieser Tage wieder tief. Seit dem Wochenende kommt es täglich zu Ausschreitungen in protestantischen Gegenden. Kleine Gruppen von Jugendlichen konfrontieren die Polizei und werfen Brandbomben. Anscheinend wurden sie in Marsch gesetzt von paramilitärischen unionistisch-loyalistischen Gruppen, die teilweise in Verbindung mit kriminellen Kreisen stehen. In der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag zündeten Jugendliche in Belfast einen Bus im Grenzgebiet zwischen unionistischen/ protestantischen und republikanischen/katholischen Straßenzügen an. Der Fahrer entkam nur knapp, jedoch weitgehend unverletzt. Für Donnerstag wurde eine Sondersitzung des nordirischen Regionalparlaments anberaumt.

Erfolg für Republikaner

Der konkrete Auslöser für die Unruhen ist die Entscheidung der nordirischen Staatsanwaltschaft, nicht gegen eine Reihe von Politikern der linken republikanischen Partei Sinn Féin vorgehen zu wollen, die im Juni vergangenen Jahres gemeinsam mit Tausenden anderen Menschen an der Beerdigung eines republikanischen Aktivisten teilgenommen hatten. Aufgrund der Coronabeschränkungen wären nur 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zulässig gewesen. Unionisten sehen hier ein weiteres Beispiel dafür, dass sich das Machtgefüge in Nordirland immer mehr in Richtung Ablösung Nordirlands von Großbritannien bewegt.

Der Anfang Januar provisorisch in Kraft getretene Handelsvertrag zwischen der EU und Großbritannien hat einiges zur Verschärfung dieser Stimmungslage beigetragen. EU, Großbritannien aber auch die nordirische Politik teilen alle gemeinsam die Verantwortung dafür. Jetzt wächst der Druck im Kessel, und keiner weiß so wirklich, wie man da wieder rauskommen soll.

Zum Beispiel Arlene Foster, erste Ministerin Nordirlands und Chefin der unionistischen DUP. Ihre Partei war im britischen Unterhaus in der »Brexit«-Frage über Jahre hinweg Zünglein an der Waage. Weil die DUP jeden Anschein einer innerbritischen Grenze zwischen Nordirland und der britischen Hauptinsel verhindern wollte, trug sie das ihre zum Fall von Theresa May als Premierministerin bei. Mays Nachfolger Boris Johnson buhlte vor den britischen Parlamentswahlen 2020 um die Unterstützung der DUP und sprach sogar auf deren Parteitag. Eine vor Patriotismus triefende Rede, in der er versprach, eine derartige Grenze um jeden Preis zu verhindern.

Die Wahlen schenken Johnson eine große parlamentarische Mehrheit. Im Gegensatz zu May war er nicht mehr auf die Stimmen der Unionisten im Unterhaus angewiesen. Das Ergebnis zeigt sich im Handelsvertrag. Nordirische Häfen sind nun verpflichtet, Einfuhrkontrollen für Güter durchzuführen, die von der britischen Hauptinsel nach Nordirland gelangen sollen. Nordirland bleibt weitgehend Teil des EU-Binnenmarktes, im Gegensatz zum Rest des Vereinigten Königreichs. Auch behält die EU in Nordirland Einspruchsrechte in Bezug auf staatliche Subventionen, die sie im Rest Großbritanniens seit Anfang des Jahres verloren hat.

Für das republikanische Lager ist das ein Erfolg. Zwischen Nordirland und der Republik Irland gibt es keine Einfuhrkontrollen. Sinn Féin pocht in zunehmendem Maß darauf, eine Volksabstimmung über einen Beitritt Nordirlands zur Republik Irland durchzuführen. Für die Unionisten ist es ein Desaster. Im Februar wurden die Einfuhrkontrollen an nordirischen Häfen aufgrund angeblicher Drohungen aus dem unionistisch-paramilitärischen Milieu zeitweise ausgesetzt. Wenige Wochen später verkündete der »Loyalist Communities Council«, eine Vorfeldorganisation unionistischer Paramilitärs, den Ausstieg aus dem 1998 als Friedensvertrag für Nordirland geschlossenen Karfreitagsabkommen. Die Unruhen der letzten Tage könnten eine erste Konsequenz dieser Entscheidung sein.

Strafzölle gegen London?

Fosters DUP steht unter Zugzwang. Deren Klientel unterstellt der Partei Betrug an der unionistischen Sache. Deshalb macht die DUP seit Februar Druck und hat einen »Boykott« des Handelsvertrages zwischen EU und Großbritannien angekündigt. Auf verschiedensten Kanälen arbeitet die Partei an einer Auflösung des Nordirlandprotokolls, welches die Grundlage für die Einfuhrregelungen bietet. Auch Premier Johnson merkt den Druck. Anfang März setzte seine Regierung die Einfuhrregelungen nach Nordirland bis auf weiteres für die kommenden Monate aus.

Die EU reagierte darauf am 15. März mit der Ankündigung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Großbritannien. In einem auf der Homepage der Kommission veröffentlichten Brief an die britische Regierung wird dieser eine »einseitige Aufkündigung« der Bestimmungen des Nordirlandprotokolls vorgeworfen. Der britischen Seite wurde ein Monat Zeit gegeben, die Sache geradezurücken. Mitte April wird diese

Periode ablaufen. Ab dann könnte ein Strafverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof mit Konsequenzen wie zum Beispiel der Einführung von Strafzöllen gegen Großbritannien oder einer Suspendierung des Handelsvertrags durch die EU folgen.

Doch die EU wirft hier mit Steinen aus dem eigenen Glashaus. So kam es Ende Januar zu Streitigkeiten zwischen der EU, Irland, Nordirland und Großbritannien, weil die EU den Export von Covid-19-Impfstoffen von Irland nach Nordirland stoppen wollte. Hier musste die EU innerhalb weniger Tage zurückrudern. Auch jetzt gibt es Anzeichen, dass es im europäischen Machtblock Angst vor der eigenen Courage gibt. So gab es in der letzten Märzwoche Berichte in verschiedenen britischen Medien, dass die EU auf das Strafverfahren verzichten könnte, wenn Großbritannien einen »Fahrplan« in der Nordirlandfrage vorlege. Der steht aber noch aus.

Junge Welt 10.04.2021